



Demografiertypisierung 2020

Typ 2: Alternde Städte und Gemeinden mit
sozioökonomischen Herausforderungen

Inhalt

Informationen zur Typisierung	3
1 Räumliche Einordnung	5
2 Charakteristika	6
3 Herausforderungen	9
4 Potenziale und Handlungsansätze	11
5 Indikatorenerläuterung	15

Kontakt

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Programm LebensWerte Kommune
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de | www.wegweiser-kommune.de

Informationen zur Typisierung

Die Typisierung 2020 wurde von der Faktor Familie GmbH auf der Grundlage des Datenportals Wegweiser Kommune gerechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2018, Gebietsstand der 1. Januar 2019.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demografischer Indikatoren analysiert und zu den drei Faktoren „Demografie“, „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ und „Sozioökonomie“ aggregiert. Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 3.000 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohner:innen zu insgesamt elf Demografietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analysen und Beschreibungen der Handlungsansätze bauen auf den bisherigen Typisierungen auf, die 2017 von der Faktor Familie GmbH sowie vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experteninterviews entwickelt wurden. Die hier vorgestellten Handlungsansätze stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar, können die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune und spezifische, lokale Strategien aber nicht ersetzen.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Die Typisierung ist zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem noch nicht klar war, welche Auswirkungen die Coronapandemie mittel- und langfristig auf kommunales Handeln hat. Dies betrifft nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum, sondern viele Handlungsfelder, wie Mobilität oder digitale Infrastrukturen. Die Frage, ob und wie sich unser Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch die Pandemie verändern wird, ist noch offen und konnte daher bei dieser Typisierung noch nicht berücksichtigt werden.

[Demografietypisierung – Methodische Erläuterungen](#)

[Demografietypisierung im Wegweiser Kommune](#)

Demografietyp 2

Alternde Städte und Gemeinden mit sozioökonomischen Herausforderungen

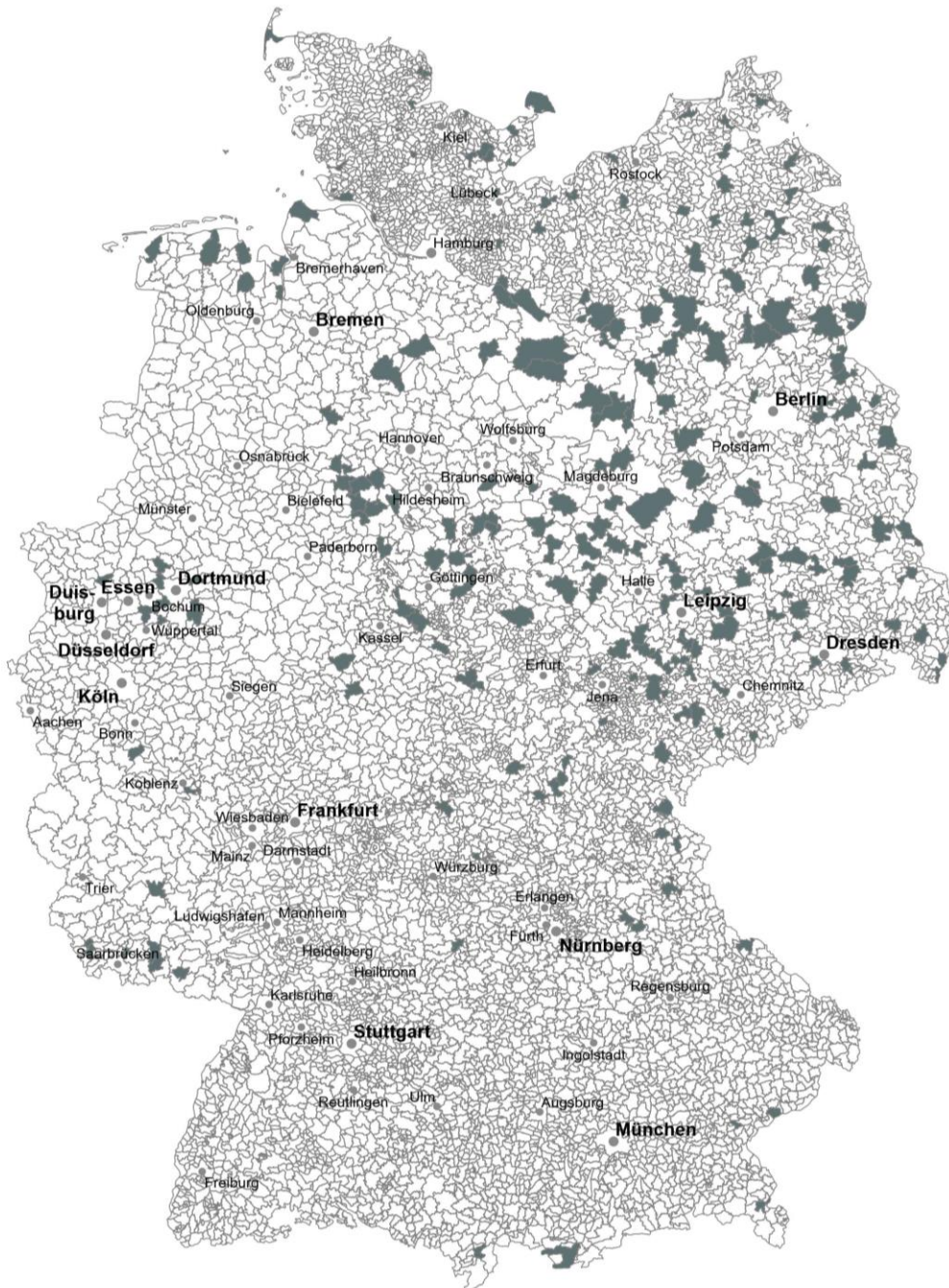
Insgesamt sind diesem Typ 217 Kommunen zugeordnet

- ⇒ Überwiegend Städte und Gemeinden mittlerer Größe
- ⇒ Leicht schrumpfende Kommunen mit Trend zur Alterung
- ⇒ Geringstes Einkommen und höchste SGB II-Quote
- ⇒ Bedeutung als Arbeitsort für das Umland

1 Räumliche Einordnung

Zu Typ 2 zählen 217 Städte und Gemeinden mit insgesamt etwa 4,9 Millionen Einwohner:innen. Kommunen dieses Typs finden sich schwerpunktmäßig im Osten Deutschlands, vereinzelt aber auch in westlichen Bundesländern (Abbildung 1). Es handelt sich im Unterschied zu Typ 1 „Stark schrumpfende und alternde Gemeinden in strukturschwachen Regionen“ in der Mehrzahl um Kommunen mittlerer Größe von 10.000 bis unter 50.000 Einwohner:innen (Abbildung 3). Dem Typ gehören aber auch größere Städte an, so u. a. elf kreisfreie Städte in Ost- und Westdeutschland.

Abbildung 1: Lage der Kommunen des Typs 2

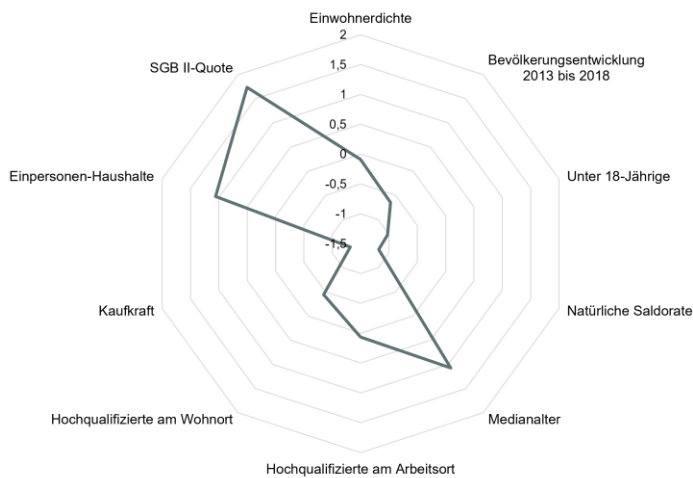


■ Demografietyp 2

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

2 Charakteristika

Abbildung 2: Profil des Demografietyps 2



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typs 2

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Die Faktorprofile zeigen, vergleichbar zu Typ 1 „Stark schrumpfende und alternde Gemeinden in strukturschwachen Regionen“, für alle drei Einflussfaktoren unterdurchschnittliche Faktormittelwerte (Tabelle 1). Die größte negative Abweichung vom Mittel aller Typen ergibt sich jedoch für den Faktor „Sozioökonomie“ (-1,45). Nur die beiden stark städtisch geprägten Typen 6 „Städte und Wirtschaftsstandorte mit sozioökonomischen Herausforderungen“ und 7 „Großstädte und Hochschulstandorte mit heterogener sozioökonomischer Dynamik“ weisen diesbezüglich noch höhere Werte aus. Die Kaufkraft der privaten Haushalte erreicht im Vergleich der Gemeindetypen im Mittel lediglich 41.966 Euro und damit den niedrigsten Wert aller Gemeindetypen. Auch in den stärker städtisch geprägten Typen 6 und 7 werden im Mittel etwas höhere Werte hinsichtlich der Kaufkraft erreicht. Auffällig sind auch der hohe Anteil an Einpersonenhaushalten (42,7 Prozent) und die im Vergleich der Demografietypen höchste SGB II-Quote (12,9 Prozent).

In den Gemeinden des Typs 2 treffen in der Tendenz häufiger prekäre Lebenslagen mit unterdurchschnittlichen demografischen Kennwerten bezüglich Bevölkerungsentwicklung sowie der natürlichen Saldorate zusammen. Die demografischen Belastungen der Gemeinden im Hinblick auf Alterung und Schrumpfung erreichen aber nicht das beträchtliche Niveau der Gemeinden des Typs 1.

Hinsichtlich des Faktors „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ werden leicht unterdurchschnittliche Werte erreicht. Die im Mittel etwas höhere Einwohnerdichte und ein etwas höherer Anteil an Hochqualifizierten am Arbeitsort gegenüber den Gemeinden des Typs 1 deuten darauf hin, dass es sich auch um Gemeinden bzw. Städte handelt, die für ihre Umlandgemeinden Bedeutung als Arbeitsort haben. Dies dürfte insbesondere die dem Typ zugeordneten kreisfreien Städte betreffen.

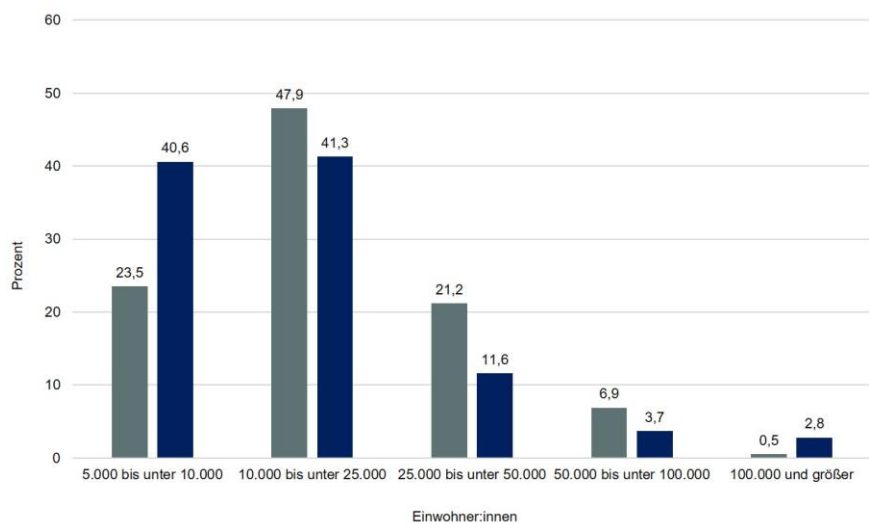
Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 2

	Mittelwert des Typs 2	Median des Typs 2	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Faktor 1: Demografie	-0,84	-0,79	0,53	-2,34	0,11	0,00	
Faktor 2: Urbanität/Wirtschaftsstandort	-0,12	-0,19	0,51	-1,09	1,42	0,00	
Faktor 3: Sozioökonomie	-1,45	-1,36	0,52	-2,94	-0,57	0,00	
Ausgangsindikatoren							
Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	-1,14	,14	2,50	-7,24	7,08	1,98	2,08
Natürliche Saldorate* (je 1.000 Einwohner)	-7,1	-7,0	2,1	-14,5	-3,2	-3,1	-2,7
Anteil unter 18-Jährige (%)	14,8	14,9	0,9	11,7	17,0	16,5	16,6
Medianalter	51,1	51,0	1,9	47,0	55,7	47,7	47,6
Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	3,5	2,4	3,1	0,2	15,9	3,9	2,2
Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	10,4	10,1	3,3	4,5	24,6	10,0	8,7
Hochqualifizierte am Wohnort (%)	9,6	9,0	2,7	4,9	19,3	12,1	10,5
Einpersonen-Haushalte (%)	42,7	42,3	4,3	32,2	61,5	35,6	35,7
Kaufkraft (Euro je Haushalt)	41.966	41.665	3.310	34.754	50.863	51.908	51.747
SGB II-Quote (%)	12,9	12,7	4,2	1,8	24,0	6,0	4,9

■ Kommunen des Typs 2

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Abbildung 3: Größenstruktur der Kommunen im Typ 2


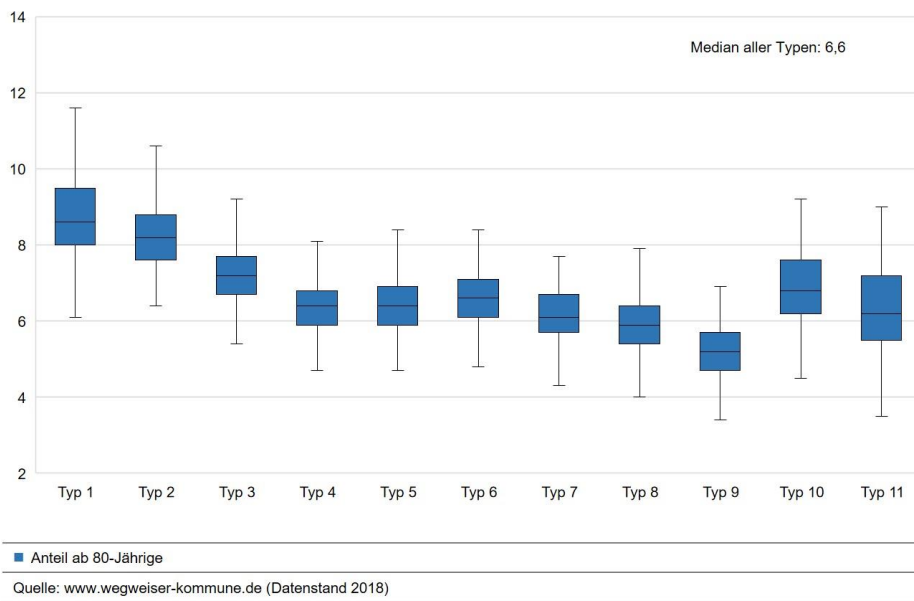
■ Kommunen des Typs 2 ■ alle Kommunen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weitere Kernindikatoren zur Beschreibung kommunaler Entwicklung

Ergänzend zu den demografischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Anteil ab 80-Jährige“ betrachtet werden (Abbildung 4). Die Kommunen des Typs 2 weisen hier überdurchschnittliche Werte auf. So ist der Median zum Anteil der Hochaltrigen mit 8,2 Prozent deutlich höher als der aller Typen (6,6 Prozent) und verweist damit auf die zunehmende Alterung in diesen Kommunen (Tabelle 2).

Abbildung 4: Anteil der ab 80-Jährigen der Kommunen im Typ 2



Ergänzend zu den sozioökonomischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Arbeitslosenanteil“ Hinweise auf die Verbreitung prekärer Lebenslagen aufzeigen (Abbildung 5). Die Kommunen des Typs 2 weisen hier eine deutliche Betroffenheit im Vergleich aller Typen auf: So liegt der Median mit 9,7 Prozent deutlich unter dem aller Typen (4,6 Prozent). Allerdings ist auch eine hohe Spreizung erkennbar mit 3,1 Prozent im Minimum und 20,6 im Maximum (Tabelle 2).

Abbildung 5: Arbeitslosenanteil der Kommunen im Typ 2

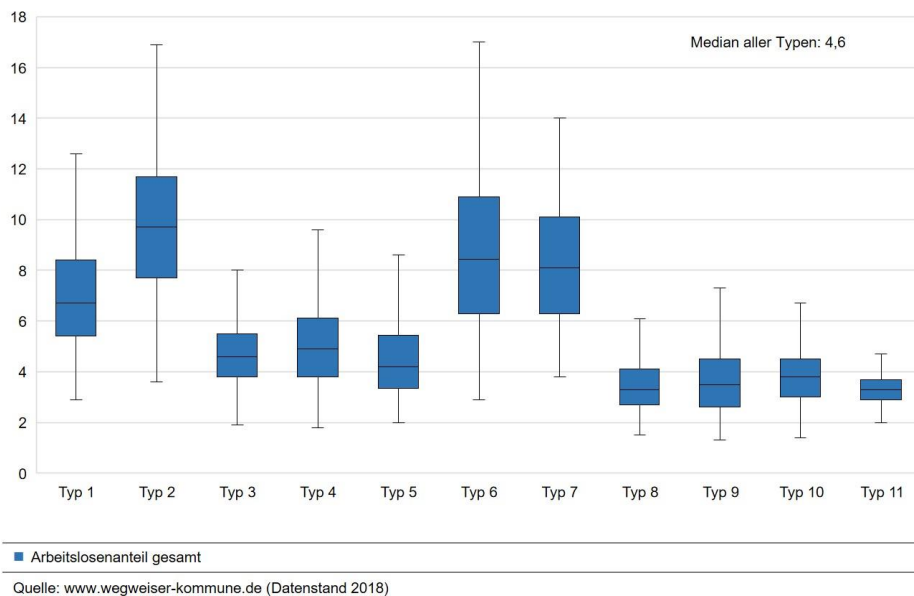


Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen demografischer Gegebenheiten des Typs 2

	Kommunen ohne Angaben	Mittelwert des Typs 2	Median des Typs 2	Standard-abw.	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Funktion/Siedlungsstruktur								
Einwohner		22.384	18.130	17.959	5.005	100.219	24.799	11.803
Pendlersaldo an der Bevölkerung - gesamt (%)		5,7	3,4	20,4	-49,1	84,8	-10,1	-14,8
Arbeitsplatzzentralität		1,10	1,06	0,33	0,29	2,25	0,84	0,77
Demografische Entwicklung								
Geburten* (je 1.000 Einwohner)		7,9	8,1	0,8	5,6	9,9	8,7	8,7
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)		26,8	26,7	2,6	21,3	34,4	22,5	22,0
Anteil ab 80-Jährige (%)		8,3	8,2	1,0	6,4	11,8	6,7	6,6
Ausländeranteil (%)	35	7,2	6,5	3,5	0,6	19,1	9,5	8,8
Entwicklung Ausländeranteil** (%)	50	0,62	0,59	0,27	0,04	1,67	0,62	0,59
Wanderungen								
Bildungswanderung* (je 1.000 Einwohner)	75	6,3	4,3	32,9	-98,2	96,5	-6,2	-10,5
Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	73	13,3	12,3	9,9	-6,3	60,4	16,0	15,4
Alterswanderung* (je 1.000 Einwohner)	74	3,8	2,4	6,7	-19,8	27,2	1,0	0,4
Wanderungssaldo* (je 1.000 Einwohner)	104	9,7	8,8	5,8	-6,4	34,8	8,1	7,7
Wirtschaftliche Situation								
Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	5	6,6	6,3	6,6	-21,9	28,4	11,6	10,8
Steuereinnahmen pro Einwohner* (Euro je Einwohner)		884	807	329	447	2.601	1.142	1.034
Arbeitslosenanteil (%)		9,9	9,7	3,1	3,6	20,6	5,3	4,6
Sozioökonomische Situation								
Kinderarmut (%)	1	21,9	21,7	6,6	2,2	42,0	11,3	9,6
Beschäftigungsquote (%)		60,5	60,3	4,9	24,7	76,4	61,6	62,0
Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige(%)		50,3	50,6	4,6	18,9	61,6	51,8	52,1
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	6	94,9	95,7	7,2	71,2	130,9	89,4	88,4

■ Kommunen des Typs 2

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

** gemittelt über die letzten 5 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

3 Herausforderungen

Die Gemeinden im Typ 2 sind durch Alterung und Schrumpfung sowie große sozioökonomische Herausforderungen geprägt. Die Kommunen weisen eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung auf und besitzen den zweitgrößten Anteil der über 80-Jährigen. Aus diesen demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten ergibt sich eine Vielzahl verschiedener Herausforderungen, welche die Kommunen durch eine konsequente und ehrliche Bestandsaufnahme und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen angehen sollten. Zu den Herausforderungen zählen bereits jetzt die Sicherung von bedarfsgerechtem Wohnraum, die Ausbildung junger Menschen und die Bindung dieser an die Kommune. Die Zukunftsfähigkeit von Kommunen hängt insbesondere von der Fähigkeit ab, durch Arbeits- und Ausbildungsangebote die wirtschaftliche Stärke zu sichern.

Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels

Die Kommunen im Typ 2 sind zumeist Kommunen bis zu einer Größe von 25.000 Einwohner:innen. Im Durchschnitt weisen sie das zweithöchste Medianalter aller Typen auf und besitzen den zweitgeringsten Anteil an unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung. Die grundlegende Aufgabe besteht deshalb darin, Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demografischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur Stadtentwicklung zu integrieren. Die Alters- und Haushaltsstrukturentwicklungen stellen diese Kommunen dabei bereits jetzt vor große Herausforderungen, u. a. durch die Belastung durch hohe Sozialleistungen. Sie werden auch zukünftig sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um für ältere Bewohner:innen eine Lebensumwelt zu schaffen, die ihren Bedürfnissen gerecht wird und sie dabei unterstützt, möglichst lange eigenständig zu leben.

Die Herausforderungen lassen sich in diesen Kommunen nur gemeinsam umsetzen, weshalb Bürger:innen in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse, etwa durch die Übernahme von Verantwortung und Selbsthilfe, eingebunden werden sollten. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln und umsetzen. Hierbei sollten Experimentierräume geschaffen werden, um neue Konzepte der Stadtentwicklung zu erproben.

Anpassung der Infrastrukturen und Sicherung der Daseinsvorsorge

Die Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung, das lokale Wohnungsangebot der steigenden Nachfrage bzw. dem Bedarf nach größerer Vielfalt von Wohnungstypen anzupassen. Mit der absehbaren demografischen und sozioökonomischen Entwicklung wird sich die Lage auf den lokalen Wohnungsmärkten vorerst weiter anspannen und insbesondere für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen wird es immer schwerer, eine passende Wohnung zu finden. Ein wichtiger Punkt wird hierbei auch die Einbindung und Förderung sozial benachteiligter Gruppen und die Vermeidung von Segregation und Polarisierung sein. Kommunen im Typ 2 verfügen über die geringste Kaufkraft aller Typen, weisen zudem aber für die im Schnitt eher geringe Einwohnerdichte einen hohen Anteil an Einpersonenhaushalten auf. Die Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebots verlangt die stärkere Ausrichtung des Wohnungsangebots an den veränderten Haushalts- und Altersstrukturen sowie Wohntrends.

Auch langfristig stellt die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen die Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Sie sollten ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demografischen Entwicklung ausrichten und sich dabei vorrangig auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Um im Wettbewerb um junge Bewohner:innen und Arbeitskräfte mithalten zu können, muss nicht nur die Wohn- und Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechen, auch steigt für die Standorte die Bedeutung von Bereichen wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie die Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens.

Integration von Migrant:innen und Geflüchteten

Die Organisation von Wohnraum für Migrant:innen ist für die Politik und Verwaltung der Städte und Gemeinden eine wichtige Aufgabe. Der Anteil der nicht deutschen Bevölkerung in vielen Kommunen des Typs 2 ist im Vergleich zum Durchschnitt aller Typen als eher unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Allerdings schwankt der Grad der Zuwanderung recht stark innerhalb der Kommunen. Die Zuwanderung kann hier als Chance für eine Verjüngung der Bevölkerung und als eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt und Innovationskraft verstanden werden. Doch sie verlangt eine zeitnahe Integration der Migrant:innen und Geflüchteten und kurzfristige Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern.

Für Kommunen in diesem Typ, die von der Zuwanderung profitieren, wird es für die kommunale Politik und Verwaltung eine der wichtigsten Herausforderungen sein, zu verhindern, dass sich soziale Ungleichheit zwischen ihren Bewohner:innen verfestigt und zu Polarisierung und Exklusion von Bewohnergruppen führt. Stattdessen müssen die Chancen für Integration verbreitert werden. Das erfordert Initiativen und Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern, insbesondere Bildung und Ausbildung, Wirtschaftsförderung, soziale Betreuung und Beteiligungskultur. Im Zentrum wird für diese Kommunen somit die Aufgabe stehen, den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu sichern und Polarisierung und Exklusion zu verhindern.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Der Erhalt der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind eine wichtige Voraussetzung dafür, die Armutsrate zu senken und somit langfristig die den kommunalen Haushalt belastenden Sozialausgaben zu senken und das Steueraufkommen zu erhöhen. Neben der Gestaltung des demografischen Wandels zählen für die Kommunen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort als auch die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke.

Der wirtschaftliche Erfolg wird davon abhängen, ob auch zukünftig ausreichend Arbeitsplätze für die ansässigen Fachkräfte zur Verfügung stehen und Einwohner:innen die Kommunen sowohl als Wohn- als auch Arbeitsort anerkennen. Die Gemeinden müssen ihr Profil schärfen, ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre sogenannten „weichen“ und „harten Standortqualitäten“ an die steigenden Anforderungen anpassen können.

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten für die Städte und Gemeinden vielfältige Ansatzpunkte zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem gerade in der lokalen und regionalen Wirtschaft neue Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Kommune vorantreiben.

Ausbau interkommunaler und regionaler Kooperation

Die einzelnen Kommunen werden die anstehenden Aufgaben nicht allein bewältigen können. Damit sind sie gefordert, partnerschaftlich mit lokalen Akteur:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzuarbeiten sowie mit anderen Gebietskörperschaften zu kooperieren und dafür neue Beteiligungs- und Kooperationsformen zu entwickeln. Deshalb ist für diese Städte und Gemeinden die überlokale Abstimmung in zentralen Handlungsfeldern, wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr, eine wichtige Voraussetzung für die Ortsentwicklung. Bei der Bearbeitung von Herausforderungen werden regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen vor Ort, auch mit privaten Akteur:innen, eine wichtigere Rolle spielen müssen. Die Städte und Gemeinden sind deshalb aufgerufen, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen auszubauen und zu verstärken.

Die Alterungsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten in den Kommunen zu erwarten sind, stellen auch ein Potenzial für die Bürgergesellschaft dar. Vielfach sind es gerade die „jungen Alten“, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen und damit einen wichtigen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Sie benötigen dafür aber einerseits Unterstützungsstrukturen und andererseits gewisse Entscheidungsfreiheiten. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den engagierten Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

4 Potenziale und Handlungsansätze

Die Ausgangslage der Städte und Gemeinden dieses Typs 2 ist insgesamt sehr angespannt. Die differenziertere Betrachtung zeigt jedoch verschiedene Merkmale und Aspekte, die Anknüpfungspunkte für eine zukunftsfähige Entwicklung bieten:

- Die Kommunen in den ländlichen Räumen verfügen über natürliche Potenziale für die Versorgung der Region mit umweltverträglicher Energie und landwirtschaftlichen Produkten, die auch Möglichkeiten für den Ausbau regionaler Wirtschaftsleistungen und eine langfristig nachhaltige Entwicklung bieten.
- Die größeren Städte sind gut mit Infrastrukturangeboten ausgestattet. Dieser Standortvorteil wird sich mit zunehmender Konzentration und Zentralisierung als Folge rückläufiger Tragfähigkeit von Einrichtungen in nicht zentralen Lagen noch vergrößern. Zudem verfügen sie über personelle Ressourcen und fachliches Know-how in der Verwaltung sowie über zahlreiche Partner:innen für die anstehenden Gestaltungsprozesse.
- Die Ferienorte und Kurorte haben in einer alternden und zunehmend gesundheitsbewussten Gesellschaft weiteres Entwicklungspotenzial.
- Die Hochschulstandorte haben zahlreiche Möglichkeiten, die Kompetenzen der Hochschulangehörigen und -absolvent:innen für wirtschaftliche Entwicklungen und zivilgesellschaftliches Engagement zu nutzen.

- Die Bereitschaft von Bund, Ländern, Stiftungen und anderen Institutionen, die erforderlichen Umbau- und Anpassungsprozesse in schrumpfenden Regionen zu unterstützen, bietet den Kommunen die Chance auf Förderung und externe Hilfe für Anpassungs- und Umbaumaßnahmen.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Die zentrale Aufgabe dieser Kommunen wird es sein, ihre Infrastruktur an die Schrumpfung und Alterung ihrer Bevölkerung anzupassen sowie soziale Segregation zu verhindern. Dies bedeutet eine nachhaltige und auf eine stark alternde Bevölkerung angepasste Siedlungspolitik, welche die Erreichbarkeit der Angebote für die Bewohner:innen gewährleistet, indem insbesondere Versorgungsangebote für ältere Menschen fußläufig erreichbar sind, neue Möglichkeiten der Versorgung pilotiert (bspw. Lieferdienste) und niedrigschwellige Unterstützungsnetzwerke etabliert werden. Es bedeutet auch, dass zusätzliche flexible Beförderungsangebote, wie etwa Sammeltaxen oder Bürgerbusse, im Rahmen der Mobilitätsangebote berücksichtigt werden müssen.

Nicht alle Kommunen verfügen über die Ressourcen oder das erforderliche Know-how, ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Die kleineren Städte und Gemeinden sollten sich deshalb der Unterstützung der Landkreise oder externer Institutionen bedienen oder sich ggf. mit Nachbarkommunen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, zusammentun. Alle Kommunen sollten prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

Eine wichtige Voraussetzung für effiziente Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Hilfreich für die kontinuierliche Beobachtung der demografischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Beobachtungs- und Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert, sodass die Hürden auch für kleinere Gemeinden niedriger geworden sind. So veröffentlichen fast alle Bundesländer regelmäßig regionalisierte Bevölkerungsanalysen und Vorausberechnungen, die Bertelsmann Stiftung stellt im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner:innen zur Verfügung.

Im Rahmen der Siedlungspolitik sollten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung ausrichten. Ein kommunales Siedlungsflächenkonzept sollte auf den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Demografiefestigkeit basieren, die Bevölkerung frühzeitig in die Konzeption eingebunden werden. Neubaumaßnahmen sollten so weit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand gelenkt und Potenziale für die Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung und Aufstockung wahrgenommen werden.

Insbesondere die Gesundheitsversorgung sowie die Pflege- und Unterstützungsleistungen für Ältere verlangen erhebliche Angebotsergänzungen und anteilige Umstrukturierungen. Städte und Kommunen müssen deshalb überprüfen, welche Leistungen sie weiterhin selbstverantwortlich erbringen, wie die technische und soziale Infrastruktur kosteneffizient umstrukturiert und an die sich ändernde Nachfrage angepasst werden können. Kommunen sollten aber auch überprüfen, welche Leistungen eingeschränkt bzw. aufgegeben oder aber von Genossenschaften, Stiftungen oder privaten Unternehmen übernommen werden können. Die Nutzbarmachung digitaler Technologien, etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge, kann für diese Kommunen neue, zuvor nicht dagewesene Wege eröffnen, um die Unterstützungsleistungen oder Angebotsergänzungen zu realisieren.

Die Sicherung der Lebensqualität ist eine an die Infrastruktur geknüpfte Aufgabe, soll sie doch die Bindung der Bewohner:innen an die schrumpfende Kommune erhöhen und älteren Menschen möglichst lange ein selbstständiges Leben ermöglichen. Für die Bewohner:innen hängt es zudem oft von den räumlichen, funktionalen und baukulturellen Qualitäten der Stadtzentren oder Ortskerne ab, wie sehr sie sich mit ihrem Wohnort identifizieren.

Da die Identifikation mit dem Wohnort eine wichtige Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement und Ortsbindung ist, hängt die Entwicklungsperspektive der Kommunen eng mit der Attraktivität ihrer Zentren zusammen. Die Erhaltung bzw. die Stärkung eines attraktiven Zentrums ist daher eine wichtige kommunale Aufgabe.

Migration und Integration

Geflüchtete und andere internationale Zuwander:innen verlangen von den Städten und Gemeinden weitsichtige Strategien und kurzfristig koordinierte Maßnahmen, um den zugewanderten Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu eröffnen und ihnen ein schnelles Einleben zu erleichtern. Die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten werden vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement begleitet. In der Bevölkerung sollte um stärkere Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten und Migrant:innen geworben und in der Kommune ein Geflüchtetenmanagement mit Informations- und Beratungskompetenzen eingerichtet werden.

Bei der Wohnraumversorgung sollten Übergangslösungen, räumliche Konzentration und Ausgrenzung von Zuwander:innen vermieden und Wohnraum stattdessen in bestehende Wohngebiete gelegt werden. Die möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe der Zuwander:innen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Sprachkurse für Erwachsene und ein umfangreiches Sprachkursangebot sowie Mentoren-Leseprogramme als auch Patenschaften für Kinder fördern die frühzeitige gesellschaftliche und berufliche Integration.

Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteur:innen, durch direkten und informellen Austausch unter den Beteiligten über Erfahrungen und Erfolge mit Projekten und Maßnahmen können Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Die Kommunen sollten solche Möglichkeiten nutzen und zum einen an bereits tätigen regionalen Netzwerken teilnehmen (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund), zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren.

Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Städte und Gemeinden im Typ 2 stehen vor sehr großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Erhaltung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind wichtige Voraussetzungen, um den sehr hohen Arbeitslosenanteil in den Kommunen zu reduzieren. Um gut ausgebildete Fachkräfte und den vorhandenen Anteil an hoch qualifizierten Arbeitskräften an die Standorte zu binden, müssen langfristig mehr und ein breiteres Spektrum an Beschäftigungsangeboten geschaffen werden. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass das absehbare altersbedingte Abschmelzen des Erwerbspersonenpotenzials zukünftig zu einem sinkenden Haushaltseinkommen beitragen und damit zu Engpässen bei der Ausgestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge führen kann.

Die Sicherung und der Ausbau der wirtschaftlichen Basis sind somit eine wichtige Zukunftsaufgabe, sowohl im Hinblick auf die Bindung jüngerer Arbeitnehmer:innen als auch die nachhaltige Senkung der hohen Armutsrate. Die Städte und Gemeinden müssen ihren Gewerbebestand durch eine aktive Wirtschaftsförderung pflegen und die Innovationskräfte in der Wirtschaft stärken, um den Strukturwandel voranzutreiben und die Entwicklung neuer, zukunftsfähiger wirtschaftlicher Aktivitäten zu unterstützen.

Einen zukünftig noch stärker wachsenden Anteil an dem Erfolg wirtschaftlicher Standorte hat neben der nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien der Ausbau der digitalen Infrastruktur, damit digitale Technologien in diesen Kommunen genutzt und entwickelt werden können. Digitale Anwendungen und auf ihnen aufbauende Technologien eröffnen neue Perspektiven für die dezentrale Fertigung und ermöglichen hierdurch neue Wachstumspotenziale, insbesondere in den ländlichen Räumen. An Standorten und in Regionen, in denen eine solche leistungsfähige IT-Infrastruktur fehlt, müssen die Kommunen selbst Wege finden, sie zu schaffen.

Durch das Internet ist das Spektrum der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, die „footloose“ geworden, also nicht ortsgebunden sind, stark angestiegen. Viele hoch qualifizierte Tätigkeiten lassen sich vom Wohnstandort aus durchführen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach lässt sich zunehmend auch in den Umlandgemeinden verwirklichen.

Die Kommunen sollten dieses Potenzial nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von Co-Working Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde Arbeitskräften das tägliche Pendeln in die Kernstadt oder an einen anderen Ort im Wirtschaftsraum ersparen und damit den Wohnstandort attraktiver machen.

Interkommunale und regionale Kooperation

Regionale und interkommunale Kooperationen haben eine wichtige Bedeutung für die Städte und Gemeinden dieses Typs. Ihre Zukunftsperspektive hängt in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region ab und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich häufig nicht lokal isoliert umsetzen. Vielmehr braucht es kooperative Strategien, die das regionale Umfeld einbeziehen, um die Ressourcen effizient einsetzen zu können. Damit sind die Kommunen gefordert, mit Akteur:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzuarbeiten und mit anderen Gebietskörperschaften zu kooperieren.

Insbesondere in den ländlichen Räumen verlangt die Sicherung der Daseinsvorsorge neue Kooperationsformen, denn viele der erforderlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen sind nur im Verbund möglich. Da sich zudem viele Infrastrukturangebote nur in den Zentren erhalten und finanzieren lassen, kommt den Kreisstädten und anderen Mittelstädten häufig die Rolle des Stabilisators zu. In dieser Funktion sollten sie eng mit den kleineren Gemeinden zusammenarbeiten, vertrauensvolle Kommunikationsstrukturen etablieren und gemeinsame Planungen entwickeln.

Landkreise müssen umfassende Aufgaben der Informationsvermittlung und Beratung leisten und als Koordinatoren wichtige Dienstleistungsaufgaben und Bündelungsfunktionen für die Planung und Umsetzung gemeinschaftlicher Projekte übernehmen. Für ihre Zusammenarbeit sollten die Kommunen Fördermittel, die auf interkommunale und regionale Strategien ausgerichtet sind, als auch Struktur Anpassungsprogramme einbeziehen.

5 Indikatorenerläuterung

Alterswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der über 65-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$(\text{Zuzüge 65-Jährige und älter} - \text{Fortzüge 65-Jährige und älter}) / \text{Bevölkerung 65-Jährige und älter} * 1.000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Anteil unter 18-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %.
Berechnung	$\text{Bevölkerung unter 18 Jahren} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand.
Berechnung	$\text{Bevölkerung 65 bis 79 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil ab 80-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse der Hochbetagten.
Berechnung	$\text{Bevölkerung ab 80 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	
Erklärung	x % der Erwerbspersonen sind arbeitslos. Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Erwerbspersonen in diesem Zusammenhang: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort + Arbeitslose
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	
Erklärung	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert. Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin.
Berechnung	$(\text{SvB am Arbeitsort} - \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren}) / \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren} * 100$ (Stichtag: 30.6.)

Arbeitsplatzzentralität	
Erklärung	Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort denn als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Dies bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) dort arbeiten als wohnen. Umgekehrt bedeutet ein Wert < 1, dass mehr SvB dort wohnen als arbeiten.
Berechnung	$\text{SvB am Arbeitsort} / \text{SvB am Wohnort}$ (Stichtag: 30.6.)

Ausländeranteil (%)	
Erklärung	X % der Einwohner sind ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl ausländischer Einwohner / Anzahl Einwohner insgesamt * 100

Beschäftigungsquote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldet.
Berechnung	(SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre) / (Bevölkerung 15 bis 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der am Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldeten Personen im Alter von 55 Jahren und mehr an der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %.
Berechnung	SvB am Wohnort 55 bis 64 Jahre / Bevölkerung 55 bis 64 Jahre * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	
Erklärung	Die Bevölkerungszahl hat über die vergangenen 5 Jahre um x % zugenommen/abgenommen.
Berechnung	(Bevölkerungsstand zum 31.12.[2018] – Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013]) / Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013] * 100

Bildungswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). Zu beachten ist, dass in der jüngsten Vergangenheit durch die Zuwanderung von Geflüchteten die bisher wirksamen Dynamiken überlagert werden. Die Geflüchteten ergänzen also die Kohorte der zum Bildungserwerb wandernden Personen.
Berechnung	(Zuzüge 18- bis 24-Jährige – Fortzüge 18- bis 24-Jährige) / Bevölkerung 18- bis 24-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Einpersonen-Haushalte (%)	
Erklärung	x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonen-Haushalte.
Berechnung	Einpersonen-Haushalte / Anzahl Haushalte * 100

Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	
Erklärung	Pro Fläche in Hektar gibt es x Einwohner.
Berechnung	Gesamtbevölkerung / Fläche in ha

Entwicklung Ausländeranteil (%)	
Erklärung	Der Ausländeranteil hat sich, gemittelt über die letzten 5 Jahre, um x % entwickelt.
Berechnung	(Ausländeranteil zum 31.12.[2018] – Ausländeranteil zum 31.12.[2013]) / Ausländeranteil zum 31.12.[2013] * 100

Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	(Zuzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige – Fortzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige) / Bevölkerung 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Geburten (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner geboren. Die natürlichen Bevölkerungsveränderungen sind in fast allen Kommunen niedriger als die Wanderungen.
Berechnung	Lebendgeburten / Bevölkerung * 1.000 (Bezugsjahre: Lebendgeburten und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Hochqualifizierte am Wohnort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) Einwohner der Kommune haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Kaufkraft (Euro je Haushalt)	
Erklärung	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts beträgt x Euro. Die allgemeine Kaufkraft umfasst die Summe aller Nettoeinkünfte (Arbeitslohn, Rente, Sozialleistungen, Kindergeld). Der Indikator weist auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft hin.
Berechnung	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte

Kinderarmut (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsbezieher (LB) unter 15 Jahren + nicht Leistungsberechtigter (NLB) unter 15 Jahren (Stichtag: im Dezember) / Anzahl Einwohner unter 15 Jahren * 100

Medianalter (Jahre)	
Erklärung	Das Medianalter ist das Lebensalter, das eine Population statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt: 50 % der Bevölkerung sind jünger und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung.
Berechnung	Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter

Natürliche Saldorate (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z wurden x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr geboren, als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt (%)	
Erklärung	Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung beträgt x Personen. Pendlersaldo = Einpendler – Auspendler. Ein positiver Pendlersaldo bedeutet, es pendeln mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in die Kommune ein als aus. Pendeln dagegen mehr SvB aus der Kommune aus als ein, dann handelt es sich um einen negativen Pendlersaldo.
Berechnung	$(\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15 bis 64 Jahre} * 100$

SGB II-Quote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld).
Berechnung	$\text{Anzahl Leistungsberechtigter (LB) nach SGB II (Stichtag: im Dezember)} / \text{Anzahl Einwohner unter 65 Jahren} * 100$

Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro je Einwohner)	
Erklärung	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.
Berechnung	$\text{Steuereinnahmen} / \text{Gesamtbevölkerung}$ (Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer. Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.)

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	
Erklärung	Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x % der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB), liegt der Wert bei über 100 %. Bei einem Wert von unter 100 % sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.
Berechnung	$\text{SvB Frauen am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Frauen 15 bis 64 Jahre}) / (\text{SvB Männer am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Männer 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Wanderungssaldo (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Project Manager | Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0. International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind das Logo der Bertelsmann Stiftung sowie das Titelbild.

Titelbild: Max Böttinger / Unsplash – [Unsplash License](#)

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2020). Demografietypisierung 2020 – Typ 2: Alternde Städte und Gemeinden mit sozioökonomischen Herausforderungen. Gütersloh.

Datum der Veröffentlichung: 30. November 2020

www.bertelsmann-stiftung.de